

DKP/Linke Liste
Stadtverordnetenfraktion Mörfelden-Walldorf

9. November 2010

An das
Büro der Stadtverordnetenvorsteherin
-Hauptamt-
Herr Becker
Rathaus Mörfelden

Antrag der DKP/LL-Fraktion
Keine Bundeswehr in der Bertha-von-Suttner-Schule

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen jeden „Militäreinsatz“ in Schulen im Allgemeinen und in der Bertha-von-Suttner-Schule im Besonderen aus.

Die Stadtverordnetenvorsteherin und der Magistrat werden beauftragt, die Schulleitung der Bertha-von-Suttner-Schule aufzufordern, die Bundeswehr zukünftig weder zu Ausbildungsbörsen noch in den Politikunterricht einzuladen.

Der Magistrat wird beauftragt, den Kreis als Schulträger aufzufordern, an alle Schulen im Kreis eine dahingehende Empfehlung zu richten.

Der Magistrat fordert den Schulträger und die Schulleitung auf, das Relief der Friedensnobelpreisträgerin Bertha-von-Suttner unverzüglich wieder an der Schulfassade im Eingangsbereich anzubringen.“

Begründung:

Am 1. Oktober war eine „Ausbildungsbörse“ an der Bertha-von-Suttner-Schule („BvS“). Unter den „Ausstellern“ war auch die Bundeswehr. Angesprochen waren die Jahrgangsstufen 8 - 13. 14-/15-jährige Schülerinnen und Schüler sollen so für das Militär begeistert werden.

Wir halten das für unerträglich - erst recht in einer Schule, deren Name „Programm“ ist. Bertha-von-Suttner, engagierte Friedenskämpferin, Verfasserin des Buchs „Die Waffen nieder!“ erhielt 1905 den Friedens-Nobelpreis. Wir sehen in dem Auftritt der Bundeswehr in der Schule, die aus gutem Grund ihren Namen trägt, einen Schlag ins Gesicht all derer, die sich für diese Namensgebung eingesetzt haben und über Jahre die antimilitaristischen Botschaften der Bertha-von-Suttner weitergegeben haben.

Die Stadt hat die 1981 durch den Kreisausschuss erfolgte Namensgebung befürwortet. Mörfelden und Walldorf hatten in Erinnerung an den antifaschistischen

Widerstand für die Gesamtschule den Namen „Geschwister Scholl“ vorgeschlagen, sich aber auch mit dem Namen der antimilitaristischen Friedenskämpferin einverstanden erklärt.

Wir setzen darauf, dass Schulleitung und Lehrerschaft, Eltern und Schülerinnen und Schüler im Geist der Bertha-von-Suttner darüber nachdenken, ob in ihrer Schule Offiziere in Uniform ein und aus gehen und für den „Soldatenberuf“ geworben wird. Vom Bürgermeister und der Stadt als Mitveranstalter der Lehrstellenbörse erwarten wir ein dahingehendes Engagement.

Die Stadt unterstützt und finanziert eine ganze Reihe von ergänzenden Angeboten in der „BvS“. Sie hat das Recht und die Pflicht, sich in „Schulangelegenheiten“ einzumischen, wenn es um die Erziehung und Zukunft unserer Kinder geht. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler zum Frieden und zum gemeinsamen Leben und Arbeiten erzogen werden, nicht zu Krieg und Tod.

Die politische Bildung - auch in Fragen der Sicherheitspolitik - gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. So gibt es auch von der GEW den Aufruf gegen Werbeversuche der Bundeswehr in Schulen wo es u.a. heißt: Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Farbenfrohe Bilder einer „Armee im Einsatz“ zur Werbung von Nachwuchs für die kämpfende Truppe haben in der Schule nichts verloren. Wir - und mit uns ein großer Teil der Bevölkerung, der u.a. den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ablehnt - stellen uns unter einer „Karriere mit Zukunft“ etwas anderes vor.

Dieser Tage hat die hessische Kultusministerin eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr unterschrieben, wonach Jugendoffiziere künftig in hessischen Schulen über Sicherheitspolitik und die damit verbundenen Aufgaben der Streitkräfte sprechen können. Die Landtagsopposition und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hatten daran vorab Kritik geübt. Ein Kirchenvertreter sagte, die Bundeswehrpräsenz an den Schulen widerspreche dem Bildungsgrundsatz der Ausgewogenheit. In den Schulen dürfe es keine „Sonderstellung für Jugendoffiziere“ geben, wurde eine SPD-Abgeordnete zitiert. Für DIE LINKE. erklärte Barbara Cardenas, ein verstärktes Engagement der Bundeswehr an den Schulen sei mit einer Erziehung zu Frieden und Völkerverständigung nicht vereinbar.

Wir halten es für dringend notwendig, eine öffentliche Debatte zum Thema „Keine Bundeswehr in der Schule!“ in Gang zu bringen.

Gerd Schulmeyer
Fraktionsvorsitzender

Gerd Schulmeyer Wolfsgartenstraße 2 64546 Mörfelden-Walldorf Telefon 06105 23366
Rudolf Dötsch Schumannstraße 3 64546 Mörfelden-Walldorf Telefon 06105 33166
Wolfgang Ebenhöf Waldstraße 77 64546 Mörfelden-Walldorf Telefon 06105 42184
Erich Schaffner Hochstraße 6 64546 Mörfelden-Walldorf Telefon 06105 23155
Thomas Wilker Donaustraße 15 64546 Mörfelden-Walldorf
Für die DKP/LL im Magistrat: Alfred J. Arndt Kirchgasse 2a 64546 Mörfelden-Walldorf Telefon 0172 6749996